



# Stadtgemeinde 3150 Wilhelmsburg

Bezirk St. Pölten – NÖ - Postfach 55 - Telefon (02746) 2315-0 Fax: 2315 64

e-mail: [stadtgemeinde@wilhelmsburg.gv.at](mailto:stadtgemeinde@wilhelmsburg.gv.at)

Zahl: 004-1/2010/Ko

Wilhelmsburg, 18.02.2010

Betrifft: 2. Gemeinderatssitzung des Jahres 2010

## **Hinweis:**

**Für die Einberufung des Gemeinderates liegt ein schriftliches Verlangen der Gemeinderäte/in Sabine Hippmann MAS, CMC und GR Samir Kesetovic gemäß § 45 Abs. 2 NÖ Gemeindeordnung 1976 vor.**

**Dieses Verlangen ist von mehr als einem Drittel der Mitglieder des Gemeinderates unterfertigt, die Sitzung des Gemeinderates wurde daher von Bürgermeister Mag. Herbert Choholka fristgerecht anberaumt.**

## **Protokoll**

über die Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, dem 18.02.2010, im Gasthaus Franzl (Extrazimmer), Bahnhofstraße 27.

Sitzungsbeginn: 18.00 Uhr

Ende: 19.05 Uhr

### Anwesende:

Bürgermeister Mag. Herbert Choholka als Vorsitzender  
Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler

### Stadträte:

Berger Markus, Brödl Christian, Choholka Christine, Damböck Norbert, Fertner Andreas,  
Malli Rupert, Müllner Herbert, Schmid Walter

### Gemeinderäte:

Brödl Renate, Döllinger Eduard, Fischer Thomas, Gabath Robert, Grassmann Johann, Hippmann Sabine MAS, Kandler Johanna, Kesetovic Samir, Lanzenbacher Karl, Pokorny Edith, Swoboda Rudolf, Stiefsohn Helmut, Völk Kurt, Waxenegger Michaela

Entschuldigt: GR Mag. Schreiber Wilhelm, GR Manhart Gerald, GR Dolar Brigitte,  
GR Zauner Alfred, GR Wltschek Willibald

Schriftführer: Stadtamtsdirektor Reinhard Kotheck

Bürgermeister Mag. Herbert Choholka begrüßt als Vorsitzender die Damen und Herren des Gemeinderates.

## **Berichterstatter und Antragsteller Bürgermeister Mag. Herbert Choholka**

1.) Ko;

Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Bürgermeister Mag. Herbert Choholka stellt die Beschlussfähigkeit gem. § 48 Abs. 1 NÖ GO 1973 fest. Der Gemeinderat zählt 29 Mitglieder, anwesend sind 24.

2.) Ko;

Entscheidung über Einwendungen gegen die Verhandlungsschrift (Sitzungsprotokoll) der letzten Gemeinderatssitzung.

Auf die Verlesung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 11.02.2010 wird einstimmig verzichtet, gegen den Inhalt des Sitzungsprotokolls wurden keine schriftlichen Einwendungen erhoben, dieses gilt somit gem. § 53 Abs. 5 NÖ GO 1973 als genehmigt.

3.) PZ.: 492/10/Ko;

Rücknahme der Kanalgebührenordnung (Wortlaut des Verlangens).

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka ersucht zum vorliegenden Tagesordnungspunkt um Begründung des schriftlich eingebrachten Verlangens.

Hierauf erläutert Frau GR Sabine Hippmann MAS, dass der Klub - Die Grünen die Rücknahme der Entscheidung über eine 20%ige Erhöhung des Einheitssatzes der Kanalbenützungsgebühr fordert, da dieser Beschlussfassung keine ausreichenden Beratungen und Informationen vorangegangen seien und die Gebührenfestsetzung als wesentlich überhöht angesehen werde.

Frau GR Sabine Hippmann MAS fordert die Einberufung einer Arbeitsgruppe unter Beiziehung von Experten. Diese Arbeitsgruppe soll sich ausführlich mit der Thematik befassen und auf Basis genauer Gebührenberechnungen eine Neufestsetzung der Kanalbenützungsgebühr ausarbeiten.

Wortmeldungen:

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka erläutert zur vorgebrachten Argumentation, dass der Beschlussfassung über die Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr intensive Behandlungen in der für die Budgeterstellung einberufenen Arbeitsgruppe vorangegangen seien. Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe erfolgten jedoch zur Thematik Gebührenerhöhung keine Wortmeldungen.

Bei einem angestellten Kennzahlenvergleich der Gebührenhaushalte (Kommunalnet) liegt die Stadtgemeinde Wilhelmsburg am unteren Ende der finanziellen Belastung der Bevölkerung.

Die Kanalbenützungsgebühr wurde letztmalig im Jahre 1997 erhöht, der Verbraucherpreisindex (VPI) ist seither um 24,5% gestiegen, womit die Gebührenanpassung unter dem VPI-Anstieg liegt.

Die Verpflichtung zur Überarbeitung und Neuberechnung der Gebührenhaushalte wurde überdies auch seitens der Aufsichtsbehörde des Amtes der NÖ Landesregierung im Zuge der im Jahre 2009 erfolgten Gebarungseinschau gefordert.

Abschließend verweist Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka darauf, dass erhöhte Einnahmen im Rahmen der beabsichtigten Erweiterung der Kläranlage Traismauer, anstehender Sanierungen des Kanalnetzes sowie auch zur Rücklagenbildung unbedingt erforderlich seien.

Einnahmen aus der Kanalbenützungsgebühr können auf Grund einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes auch z.B. zur Finanzierung des Straßenbaus in Verbindung mit Kanalbauprojekten herangezogen werden. Der direkte Zusammenhang zwischen Kanal- und Straßenbau habe sich deutlich beim Baulos Göblasbruck gezeigt. Im Rahmen der Erneuerung der Kanalstränge musste auch das gesamte Siedlungsstraßennetz sehr kostenintensiv erneuert werden.

Herr STR Christian Brödl verweist darauf, dass bisher keine Rücklagen im Bereich der Abwasserbeseitigungsanlage gebildet wurden und befürchtet, dass Mehreinnahmen in das allgemeine Budget einfließen.

Frau GR Sabine Hippmann MAS kritisiert zu den Ausführungen des Bürgermeisters, dass dem Klub - Die Grünen im Rahmen der vom Bürgermeister angesprochenen Arbeitsgruppe kein Mitspracherecht eingeräumt wurde, was vom Klubsprecher der SPÖ, Herrn Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler, heftigst dementiert wird.

Der Vergleich der Entwicklung des VPI zur Gebührenerhöhung stellt nach Ansicht von Frau GR Sabine Hippmann MAS kein ausreichendes Argument dar. Zum SPÖ-Vorwurf der Polemik im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeinderatswahlen verweist die Klubsprecherin darauf, dass Die Grünen bereits im Jahre 2008 eine Kennzahlenermittlung der Gebührenhaushalte und die Aufnahme von Gesprächen unter Beiziehung fachkundiger Personen gefordert haben.

Herr STR Rupert Malli erklärt in seiner Funktion als Finanzreferent, dass eine Rücknahme der bereits gefällten Budgetentscheidung über die Erhöhung der Kanalbenutzungsgebühren nicht vorstellbar ist. Er stellt fest, dass bei all den Diskussionen um Gebührenhaushalte und Budgetausgleich die Tatsache der bestehenden Wirtschaftskrise vollkommen unerwähnt blieb und verweist auf das positive Ergebnis des Haushaltsjahres 2009.

Herr STR Christian Brödl erklärt zur Budgetsituation, dass grundsätzlich der Haushaltsausgleich für das Haushaltsjahr 2010 ohne Gebührenerhöhung nicht möglich gewesen wäre.

Über Anfrage von Herrn GR Eduard Döllinger zu einem Kanalgebührenvergleich mit anderen Gemeinden bzw. der Belastung der einzelnen Haushalte führt Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka nachfolgende Kennzahlen an:

#### Einheitssatz - Gemeindevergleich

Neulengbach	€ 2,40	Wilhelmsburg neu € 1,79
Obergrafendorf	€ 1,82	
Trismauer	€ 2,26	

#### Belastung pro Haushalt/Jahr:

Neidhartstraße 41, Wohnungsgröße: 47,24 m<sup>2</sup>

Vor Erhöhung: € 108,16/Jahr – jeweils netto

Nach Erhöhung: € 129,79/Jahr

Conrad-Lester-Hof 2, 93,74 m<sup>2</sup>

Vor Erhöhung: € 195,15/Jahr

Nach Erhöhung: € 234,18/Jahr

Verbaute Fläche: 79,96 m<sup>2</sup> - 2 angeschlossene Geschoße

Jahresgebühr (netto) für Schutzwasserentsorgung:

Vor Erhöhung: € 230,80

Nach Erhöhung: € 277,30

Monatliche Erhöhung: € 3,88

Zum Abschluss der Diskussion erfolgt die Antragstellung durch Frau GR Sabine Hippmann MAS - beantragt wird die „Erstellung einer neuen Kanalgebührenordnung auf Basis des Ergebnisses der Berechnungen einer einzurichtenden Arbeitsgruppe“.

Dieser Antrag erhält die Zustimmung des Klubs - Die Grünen sowie aller Mandatäre/innen von ÖVP mit Ausnahme von Frau GR Edith Pokorny, diese enthält sich der Stimmabgabe. Alle anwesenden Vertreter/innen des SPÖ-Klubs stimmen gegen den Antrag.

Der Antrag gilt somit als mit Mehrheit abgelehnt.

4.) PZ.: 492/10/Ko;

Bildung einer Arbeitsgruppe (Wortlaut des Verlangens):

- Überprüfung der Grundsteuer
- Offenlegung von Kreditverträgen betreffend die Wohnungsgenossenschaften
- Begründung der massiven Erhöhungen bei den Betriebskosten

Analog Tagesordnungspunkt 3 erläutert Frau GR Sabine Hippmann MAS das eingebrachte Verlangen zur Behandlung der Thematik „Stopp der Mieterabzocke“ und fordert die Einrichtung einer Arbeitsgruppe /Untersuchungsausschuss mit allen politischen Parteien und Vertretern der örtlichen Genossenschaften/Wohnbauträger zur Klärung der allgemeinen Mietrechtskonformität und besonderer Behandlung der Themenbereiche

- Grundsteuer
- Kredite Offenlegung - Gewinn - Transparenz
- Betriebskostenerhöhung
- Provisionszahlungen

Wortmeldungen:

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka verweist darauf, dass die Thematik Mietensituation/ derzeitige finanzielle Belastung der Haushalte bereits im zuständigen Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Erwachsenenbildung, Jugendwohlfahrt und Wohnungswesen behandelt wurde und hierauf schriftliche Anfragen an die örtlichen Wohnbauträger ergangen sind.

An dieser Ausschusssitzung habe auch Herr GR Samir Kesetovic als Vertreter des Klubs - Die Grünen teilgenommen, er könne künftig als Experte dem Ausschuss beigezogen werden.

Inhaltlich könne sich der Bürgermeister den Forderungen des Klubs - Die Grünen anschließen, eine Verbesserung der gesamten Mietrechtssituation sei jedoch nur auf Bundes- und Landesebene möglich.

Herr GR Samir Kesetovic verweist darauf, dass bereits im Jahre 2008 seitens des Klubs - Die Grünen ein Dringlichkeitsantrag mit der Forderung der Unterstützung der Mieter eingebracht wurde, dieser jedoch nach erfolgter Zusage des Bürgermeister, sich der Thematik anzunehmen, zurückgezogen wurde. Kritisiert wird, dass seither keinerlei Bemühungen unternommen worden sind und somit auch keine Ergebnisse vorliegen.

Herr Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler berichtet über seine Erfahrungen als Aufsichtsrat eines Wohnbauträgers und stellt eindeutig klar, dass keinerlei Provisionszahlungen für Wohnungsvergaben erfolgen.

Die Wohnbauträger unterliegen einer strengen jährlichen Kontrolle durch den Revisionsverband.

Als Klubsprecher der SPÖ bietet er die jederzeitige Bereitschaft zur Abfassung einer Resolution nach Vorliegen eines Ergebnisses des zuständigen Ausschusses an.

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka verweist im Rahmen seines Schlusswortes nochmals auf die allgemein schwierige Gesetzesmaterie des Mietrechtes, die bevorstehende Ausarbeitung der den örtlichen Wohnbauträgern gestellten Anfragen zur Unterstützung der Mieter/innen im zuständigen Ausschuss für Wohnungswesen unter Beiziehung von Herrn GR Samir Kesetovic als Experten und die grundsätzliche Absicht zur Ausformulierung eines Resolutionstextes und Vorlage an die zuständigen Entscheidungsträger.

Die Vorgehensweise wird von allen Parteien einstimmig angenommen.

Schriftführer:



Für den SPÖ-Klub:

Bürgermeister:



Für den ÖVP-Klub:

Für den Klub - Die Grünen:

Kopien an:

1. Bürgermeister
2. SPÖ-Klub
3. ÖVP-Klub
4. Die Grünen - Klub
5. Bauamt
6. Abteilung für Melde- u. Personenstandswesen, Friedhofverwaltung, Soziales, Gesundheit, Landwirtschaft, Tourismus
7. Rechnungsamt
8. Versorgungsbetrieb